

Briefe

Für die Kinder wird sich nichts ändern

Bildungs-Initiativen (Abstimmung im Kanton Baselland am 25. 11. 2012); BaZ diverse

800 Millionen Franken gibt der Kanton Basel-Landschaft heute für die Bildung aus, 475 Millionen Franken waren es im Jahr 2000. Ein Kleinklassenprimarschüler kostete damals 20 000 Franken pro Jahr, heute über 30 000, ein Kind im Kindergarten 8000, heute 12 000.

Der Kanton Baselland hat bei der Bildung massiv aufgebaut, nicht abgebaut. Die Geschichte vom Abbau und andere Unwahrheiten verbreitet der Sekundarlehrer Jürg Wiedemann (Landrat, Grüne, Birsfelden). Wer schreit, hat unrecht. Und auch die 5000 Plakate machen Unwahres nicht wahr. Und der Gipfel ist, dass er nun auch entsprechende Pamphlete in jeden Briefkasten werfen lässt. Zudem stimmt es nicht, dass, wie die Landrätin und Liestaler Einwohnerrätin Elisabeth Augstburger (EVP) erzählt, mit den Bildungs-Initiativen weniger künftige Sozialfälle produziert werden. Die Sozialhilfequote in Baselland ist unterdurchschnittlich.

Die meisten Sozialfälle sind allein-erziehende Mütter. Das hat schlicht nichts mit der guten Schule Baselland zu tun, sondern ist ein gesellschaftliches Problem. Ich habe eine gute Ausbildung in Baselland genossen.

Im Gegensatz zu Jürg Wiedemann habe ich eine Ahnung von Betriebswirtschaft. Hier missbraucht jemand seine privilegierte Stellung als öffentliche Person für eine persönliche Propaganda und missbraucht Vertrauen und Geld der spendenden Eltern. 30 Millionen Franken kosten die persönlichen Wünsche von Lehrer Wiedemann. Den Löwenanteil davon zahlen die Gemeinden. Das Geld fliesst in Schulhäuser und in Lehrerlöhne. Für die Kinder aber wird sich rein gar nichts ändern. Deshalb Nein zu den Bildungs-Initiativen.

Barbara Gafner, Binningen

Von Abbau kann keine Rede sein

Eine Annahme der drei Bildungs-Initiativen im Baselland käme in erster Linie den Lehrern zugute. Der Kostenpunkt: 30 Millionen Franken jährlich, und die Gemeinden dürften noch einen unbestimmten Betrag zusätzlich finanzieren. Es geht den Lehrern um gewerkschaftliche Anliegen: Hinter der Initiative «Betreuung der Schülerinnen und Schüler optimieren» steckt der Wunsch nach einer Reduktion der Pflichtstundenzahl.

Mit der Reduktion von «überfüllten Klassen» wollen die Lehrer weniger Schülern pro Klasse Unterricht erteilen. Dabei gibt es nach Auskunft des Bildungsdirektors Urs Wüthrich (SP) gar keine überfüllten Klassen. Von einem Bildungsabbau kann schon gar keine Rede sein. In den letzten zehn Jahren sind die Bildungsausgaben um über einen Drittel angestiegen.

Und wenn wir die Kostensteigerungen je Schülerin und Schüler ermitteln, landen wir bei 40 bis 50 Prozent. Und wer dann wegen ein paar wenigen Einzelfällen gleich noch suggeriert, dass «Zwangsvorschüben» ein fundamentales Problem im Kanton seien und deshalb eine Initiative startet, muss sich die Verlogenheit seiner Argumentation entgegenhalten lassen.

Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat, SVP

Hier drückt den Leuten der Schuh

Ich war schon ein paar Mal zum Sammeln von Unterschriften für verschiedene Initiativen und Referenden unterwegs. Meistens ist das eine harzige Angelegenheit. Aber bei diesen Initiativen gegen den Bildungsabbau im Kanton Baselland rissen mir die Leute an manchen Tagen die Unterschriftenbögen förmlich aus den Händen.

Man merkt, dass hier den Einwohnern und Einwohnerinnen in den Gemeinden der Schuh drückt. Dass die Kinder in der kantonalen Bildungspolitik als Sparobjekte erhalten müssen, finde ich daneben. Aber jetzt hoffe ich, dass viele dreimal Ja stimmen.

Sandra Wehrli, Basel

Heute vor sieben Jahren



29. 10. 2005: Windkraftwerk bei Entlebuch. Erstmals drehen an diesem Tag die Rotoren des 60 Meter hohen Turms im Wind. Der Bauernhof Feldmoos auf der Rengg (LU) ist der erste in der Schweiz mit einem Windkraftwerk. Diese Anlage konnte nach den damaligen Plänen 300 Haushalte versorgen. Foto Keystone

Bei Wahlen mehr bürgerliche Plakate

Münchenstein ärgert sich über die Plakatflut vor den Abstimmungen; BaZ 25. 10. 12

Vornehmlich bürgerliche Parteien ärgern sich über die Plakatflut zu den Bildungs-Initiativen in Baselland. Dabei scheinen sie zu vergessen, dass sie selbst bei Kantons-, Landrats- und Regierungswahlen mit wesentlich mehr Plakaten öffentlich auftreten. Ob der eigentliche Grund für die Aufregung beim Inhalt der Initiativen zu suchen ist?

Regine Minio, Allschwil

Autofahrer werden abgelenkt

Ja, die Wahlplakate am Rande der Strasse stören sehr. Autofahrer werden dadurch abgelenkt. Mit diesem Unsinn sollte dringend aufgehört werden.

Ruth El. von Moos, Muttenz

Diese Haltung bereitet Sorge

Baustelle treibt Bäcker in den Ruin; BaZ 23. 10. 12

Eine Baustelle treibt einen Bäcker in den Ruin. Natürlich werden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Folgen tragen (Arbeitslosigkeit und so weiter). Aber was antwortet ein Regierungsrat aus der sogenannten Partei der Arbeiter, die sich «scheinbarerweise» für die Anliegen der malodernen Bevölkerung einsetzt? Mit fadenscheinigen, unmöglichen, veralteten Verordnungen; man könne der Bäckerei nicht helfen! Toll, wie sich «unsere» Volksvertreter für die arbeitenden Mitbürger «einsetzen». Das bereitet Sorge.

Willi Pavan, Rheinfelden, parteilos

«Philosophie des Versagens»

Leserbrief: Linkspopulistische Nazi-Keule; BaZ 25. 10. 12

Peter M. Linz schreibt mir in seinem Leserbrief aus dem Herzen, was die immerwährenden Juso-Angriffe gegen die SVP betrifft. Das sozialistische Gen vermehrt sich. Gedankengut ist zwar nicht reagenzglasförmig. Und dennoch: die Linken, die Jusos sollten mal fünf Jahre einen Aufenthalt in der Ukraine oder in Russland machen, wehe ihnen, würden sie solche Parolen schmeissen – Lager-

arbeit und unmenschliches Gefängnis würden ihnen blühen. Selbst ehrliche Bürger, welche nur durch Fleiss zu Reichtum gekommen sind, werden mit fadenscheinigen Argumenten exekutiert.

Das Bittere aber ist: Der Neid treibt dieses Böse an. Der frühere britische Premier, Sir Winston Churchill, sagte einst: «Der Sozialismus ist die Philosophie des Versagens.» Unsere Linken wagen diese Äusserungen, weil sie vor allen Restriktionen gefeit sind.

Ich frage mich derzeit, ob wir denn eigentlich auf dem Weg zur Novemberrevolution sind? Verweichlicht sind wir hier, wenn wir jetzt nicht diesen populistischen und aggressiven sowie verlogenen Taten Einhalt gebieten. Alle können es, nur die Schweiz nicht.

Marla Bednar, Basel

Unabhängige Überprüfung

Basler Kantonalbank: ASE-Affäre/Kommentar: Scheinheilig; BaZ 24./25. 10. 12

Der geneigte Leser fragt sich bei dieser Sache mit Recht, ob denn der Bankrat-Parteien-Honigtopf überhaupt nötig ist. Eine seriöse, unabhängige Überprüfung von Kosten und Nutzen dieser Institution scheint unumgänglich zu sein.

Dieter Scherrer, Frenkendorf

Staatsgarantie muss abgeschafft werden

Nun empören sich viele über die Fehlleistungen des Managements der Basler Kantonalbank, obschon dieses jahrelang für fette Gewinne zugunsten der baselstädtischen Staatskasse gesorgt hat. Diese Empörung ist zwar richtig, wie Markus Somm aber dabei richtig feststellt, zumindest bei Linken fadenscheinig. Die Gewinne nahm Regierungsrätin Eva Herzog als Finanzministerin gerne entgegen.

Die aggressive Strategie rund um die Filiale Zürich wurde von einem SP-Bankpräsidenten geformt. Die BKB sollte sich weiterhin frei auf dem Markt bewegen können, ihr muss aber konsequenterweise die Staatsgarantie entzogen werden.

Es kann nicht angehen, dass irgendwann der Basler Steuerzahler für die Misswirtschaft einzelner Banker zur Kasse gebeten werden muss. Es ist keine Staatsaufgabe, eine expansionswillige (Kantonal)-Bank zu tragen.

Joël Thüring, Basel, SVP

Genug geredet und polemisiert

Die Genossen plagt das Gewissen; BaZ 25. 10. 12

Der fruchtlose Schlagabtausch zwischen Links und Rechts hat unser Land in der Asylfrage nicht weitergebracht. Dabei wissen wir, dass sich unter lautstarkem Streit pragmatische Lösungen kaum verwirklichen lassen. Es ist an der Zeit, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Über folgende Eckpunkte der Asylpolitik besteht Einigkeit über Parteigrenzen – Fundamentalisten ausgenommen – hinaus: Recht auf Asyl haben nur politisch Verfolgte. Asylverfahren sind, unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, drastisch zu verkürzen. Dazu braucht es Bundeszentren, die notfalls mit Notrecht unverzüglich einzurichten sind. Abgewiesene Gesuchsteller sind, wo möglich, unverzüglich auszuschiefen. Kriminell gewordene Asylsuchende sind, wie andere Täter, zu verurteilen und nötigenfalls in besonderen Zentren unterzubringen. Ausserdem ist ihnen das Recht auf ein Asylverfahren zu entziehen. Es ist genug geredet und polemisiert worden; die Zeit zum Handeln ist überfällig. Nur damit kann unser traditionelles Asylwesen gerettet werden.

Bruno Krähenbühl, Münchenstein

In Restaurants sind Portionen zu gross

«Weg damit» ist ziemlich dumm; BaZ 19. 10. 12

In der ganzen Debatte um das Wegwerfen und Vernichten von Lebensmitteln fehlt mir der Aspekt der Schweizer Wirte. Nur ganz selten trifft man Restaurants an (wie zum Beispiel die «Hard» in Zunzgen), die kleinere Portionen auf der Karte anbieten. Die Folge im eben viel häufigeren anderen Fall: Unmengen von Lebensmitteln, die auf nicht ausgegessenen Tellern in die Küche zu-

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigen Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbriefes, 4002 Basel

rückgehen, werden so vernichtet. Am meisten ärgere ich mich in der Pizzeria, wo halbe oder dreiviertel Pizzen auf den Tellern bleiben, weil die Originale einfach zu gross sind für Normalesser.

Da lobe ich mir bekannte Restaurants im nahen Ausland, wo auf der Karte steht: gerne servieren wir Ihnen eine Zusatzportion (im Preis eingeschlossen), und auf dem Teller wird einfach eine «normale» Portion serviert.

Werner R. Müller, Lausen

Diese Kinder haben Unterstützung nötig

Zu viele Kinder nutzen Therapien; BaZ 19. 10. 12

Eine Bekannte von mir hat kürzlich eine 5. Klasse besucht und gestaunt, wie gut die fremdsprachigen Kinder die deutsche Sprache beherrschen. Vor 20 Jahren konnten sich solche Schülerinnen und Schüler kaum ausdrücken in der deutschen Sprache und häufig auch ungenügend in der Muttersprache. Sie hatten später kaum eine Chance auf eine gute Ausbildung und blieben schon in jungen Jahren häufig arbeitslos. In den letzten Jahren haben diverse Entwicklungsstörungen (inklusive Sprachstörungen) bezüglich Quantität und Qualität zugenommen. Diese Kinder dürfen wir nicht ohne Unterstützung lassen, auch wenn es im Moment offenbar nicht «chic» ist, Therapieangebote positiv darzustellen. Das kann sich zu einem späteren Zeitpunkt rächen. Beachten wir doch die Fortschritte in den letzten Jahrzehnten!

Elisabeth Augstburger, Liestal, Landrätin, EVP

Nehmt eigenen Abfall mit nach Hause

SBB präsentieren ein neues Abfallkonzept; BaZ 19. 10. 12

Dieser Effort ist ein Anfang. Genau genommen gibt es nur eines: seinen Abfall mit nach Hause nehmen und dort korrekt entsorgen. Ist Platz für Handy und Schminkutensilien, hat man auch Platz in der Tasche, um PET-Flaschen, Aludosen – selbstverursachten Abfall – mitzunehmen. Ich nehme seit Jahren, ausser während den Ferien, keine öffentlichen Abfalleimer mehr in Anspruch, sondern entsorge meinen selbst produzierten Abfall zu Hause. Es tut weh zu sehen, wie unsere Umwelt, Stadt und Land, rücksichtslos zugemüllt wird von Menschen, für die Selbstverantwortung ein Fremdwort geworden ist.

Christine Gross, Kirchliedach (BE)